

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Boten  
für das Jahr monatlich 170 Mark.  
Beziehungen nehmen die Postämter  
und die Anzeigen-Veranstaltungen  
an. — Einzelne Nummern 15 Pf.  
Fernsprech-Anschluß Nr. 23.  
Telegramme: Engelblat Auergebirge.

Bezugspreis für die Abnehmer  
Postämter für Anzeigen eine Seite und  
Abgabe 10.00 Mark, zweiseitige  
Anzeigen 20.00 Mark, dreiseitige  
Anzeigen 30.00 Mark. Bei größeren Ab-  
nahmen entsprechende Rabatte.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 255

Mittwoch, den 1. November 1922

17. Jahrgang

### Ursachen der Teuerung.

Eine von der schließlichen Regierung an die Reichsregierung und den Reichsrat gerichtete Denkschrift, in der den Ursachen der Teuerung nachgegangen und diese in der Hauptsache auf übermäßige Preistreiberien der Erzeuger zurückgeführt wurde, nahm der Verband schifflicher Industrieller zum Anlaß, um in einer bemerkenswerten sachlichen Studie das Problem der Teuerung eingehend zu behandeln. Diese Untersuchung basiert auf einem Gutachten, das Geh. Reg.-Rat Dr. Julius Wolf von der Technischen Hochschule in Charlottenburg bereits im September 1919 abgab. Danach wurde zunächst die Steigerung des Papiergeldumlaufes (Inflation) als ausschlaggebende Ursache für das Steigen der Preise angesehen. Als zweites preissteigerndes Moment hat ferner die dauernde Zusammenfassung des Warenangebotes gewirkt. Die inzwischen weiter gemachene Teuerung ist hauptsächlich auf die traurige weltwirtschaftliche und außenpolitische Lage und den sich daraus ergebenden fortschreitenden Entkräftungsprozess zurückzuführen. Den die deutsche Volkswirtschaft durch den Versailler Vertrag erfahren hat. Die Entkräftung der deutschen Volkswirtschaft mit ihren Symptomen der Geldentwertung und der damit unmittelbar zusammenhängenden Teuerung sind zurückzuführen auf die Reparationslasten, auf die sich daraus ergebende passiven Zahlungsbilanzen, auf die fortgesetzt steigenden Erzeugungskosten und die unzureichende Produktivität in Industrie und Landwirtschaft. Man ist sich in weiten Kreisen des deutschen Volkes auch heute noch nicht klar darüber, daß die grundlegenden Ursachen der Teuerung in der unerträglichen Belastung der deutschen Volkswirtschaft mit wirtschaftlichen Leistungen an unsere ehemaligen Feinde zu suchen sind. Meist an direkten Leistungen, die sich aus Bor- und Sachleistungen, Darlehen, internen Befehlshauskosten, Auslandsschäden, Kolonialschäden, Verlust der deutschen Ansprüche an unsere Kriegsverbündeten und der Werte des deutschen im Ausland liquidierten Eigentums zusammensetzen, hatten wir bisher einen Betrag von insgesamt 38 242 970 000 Goldmark aufzubringen. Zu den indirekten Leistungen sind zu rechnen: der dauernde Verlust großer und wertvoller deutscher Gebiete, der dauernde Verlust dieser Gebiete als zollfreies Absatzgebiet, der dauernde Verlust an deutschen Volkserzeugnissen durch Zwangsweise Herstellung von Kriegsmaterial (Flotte, Luftschiffe, Waffen usw.), der dauernde Verlust deutscher Wertpapiere, deutschen Grundbesitzes, deutscher Mobilien an Ausländer, der systematische Ausverkauf überhaupt, die Verminderung der Produktivität und Konsumkraft durch überhohe, vorzugsweise Reparationen und Sachleistungen zugute kommende Steuern, und viele andere der laut dem Versailler Vertrag und auferlegte Leistungen. Diese indirekten Leistungen sind zunächst in Zahlen kaum abschätzbar, überschreiten aber an Wert unzweifelhaft weitauß die im Londoner Reparationsplan mit 132 Milliarden Goldmark festgesetzte deutsche Reparationsschuld. Alle Leistungen sind ohne jegliche Gegenleistung erfolgt. Der deutsche Wirtschaftskörper muß sich so notwendigerweise langsam ausbluten. Die fortschreitende Entwertung der Mark ist das Zeichen der nahenden Katastrophe. Die furchtbare Belastung mit wirtschaftlichen Leistungen ohne Gegenwert wirkt sich leider auch darin aus, daß das Vertrauen des Auslandes in die deutsche Wirtschaft und Finanzkraft dauernd sinkt. Ein Ende dieses Entkräftungsprozesses ist nicht abzusehen. Er kann zweifellos durch angestrengte Arbeit aufgehalten werden; ihn ganz zum Stillstand zu bringen vermag nur eine gründliche Revision der unhaltbaren Forderungen unserer ehemaligen Gegner.

### Die Reparationskommission in Berlin.

Begrüßungsrede des Reichskanzlers.  
Die Antwort Barthous.

Die Reparationskommission, die am Montag in Berlin angekommen ist, wurde gestern mittag 12 Uhr vom Reichskanzler in Gegenwart der an den kommenden Verhandlungen beteiligten Staatssekretäre empfangen. Der Reichskanzler begrüßte die Reparationskommission und insbesondere den neuernannten Vorsitzenden Barthou. Er wies sodann auf die Veränderungen hin, die in der Lage Deutschlands seit dem letzten Besuch des Garantiekomitees im Juli eingetreten sind. Das deutsche Volk, dem es an den notwendigsten Nahrungsmitteln und an Rohstoffen fehlt, steht vor einem furchtbaren Winter des Hungers und der Kälte. Die bisherigen Versuche, aus der fränkischen Wirtschaft möglichst große Leistungen herauszuholen, hätten weder Schuldigen

noch Schuldner betrieblig. Der richtige Weg sei erst die fränke Wirtschaft zu heilen. Nur dann bestehe Aussicht, Leistungen aufzubringen. Deshalb sei die Stabilisierung der Währung das Kernproblem der Aufgabe. Die Stabilisierung der Währung werde von selbst das Gleichgewicht in den deutschen Staatsfinanzen herbeiführen. Die Hauptaufgabe sei, schnell zu praktischen Vorschlägen zu kommen und sie mit raschem Entschlusse durchzuführen. Nur eine schnelle Aktion könne die Lage retten und die Leistungsfähigkeit Deutschlands wiederherstellen.

Auf diese Ansprache des Reichskanzlers legte der Vorsitzende der Reparationskommission Barthou die Gründe dar, die die Reparationskommission veranlaßt hätten, sofort mit der deutschen Regierung in Verbindung zu treten. In den Worten des Kanzlers liege ein Zeugnis und ein Programm. Die Reparationskommission schäme beide um so mehr, als sie von der durch ihre amtliche Stellung am meisten qualifizierten Persönlichkeit herrührten. Was das Zeugnis anlangte, das der Reichskanzler über die Lage Deutschlands abgab, so nehme es die Reparationskommission zur Kenntnis, ohne es für den Augenblick zu erörtern. Es werde das erste Blatt des Altentwurfes sein, das sie zusammenstellen werde. Was das Programm anlangte, so habe der Reichskanzler eher Fragen aufgeworfen als Lösungen gewiesen. Diese Fragen seien indessen durchaus diejenigen, die in das Arbeitsgebiet der Reparationskommission spielen. Die Stabilisierung der Mark sei die erste Frage, deren Verbindung mit dem Gleichgewicht des Budgets niemand bestreite. Die Reparationskommission sei hergekommen, um einen fränkischen Körper zu behandeln, um den Ausdruck des Kanzlers zu gebrauchen. Es sei daher notwendig, daß diese die ganze Ausdehnung und alle Umstände der Krankheit kennen lerne. Der Augenblick sei gekommen, ohne Umschweife zu sprechen und an die Arbeit zu gehen. Von diesem Nachmittag ab heiße daher die Parole: „Arbeiten wir!“

Es wurde hierauf beschlossen, die Verhandlungen sofort zu beginnen. Die erste Sitzung der Reparationskommission mit den beteiligten deutschen Ressorts hat gestern nachmittag im Reichsfinanzministerium stattgefunden.

### Ein Ultimatum der Eisenbahner.

Verbreitigung der Gehälter und Militär Groeners gefordert.

Die vom Polizeipräsidenten in den Andreasstraßen verbotene Versammlung der unzufriedenen Berliner Eisenbahner hat in der Form von Betriebsversammlungen der Berliner Eisenbahnbetriebe stattgefunden. In den fünf Versammlungen wurden einstimmig Resolutionen angenommen, die entsprechend der Teuerungswelle der letzten Woche eine Verbreitigung aller bisherigen Gehälter und Löhne verlangen, ferner die Entfremdung des Eisenbahnministers Groener und die Berufung eines Fachmannes auf den Posten des Reichsverkehrsministers. Die Betriebsräte wurden aufgefordert, der Regierung eine Frist zur Annahme der Beschlüsse bis 15. November zu stellen.

#### Eisenbahnerstreik in der Pfalz.

Von der Reichseisenbahndirektion Ludwigshafen wird mitgeteilt: Das Telephonpersonal der Eisenbahndienststelle Kalferslautern trat vorgestern mittag in den Ausstand, weil die von ihm gestellte Forderung auf Auszahlung eines Vorschusses von 6000 Mark vom Reichsverkehrsministerium nicht in vollem Ausmaß genehmigt worden war. Die Arbeiter der Hauptwertstätte sowie der Betriebswerkstätten Ludwigshafen und Neustadt a. d.ardt haben sich inzwischen dem Streik angeschlossen.

### Deutschnationaler Parteitag.

Am letzten Verhandlungstage des Deutschnationalen Parteitages in Götting legte der Reichsausschuß für den gewerblichen Mittelstand eine Entschlüsselung vor, welche die Regierungen des Reiches und der Länder auf die überaus große Notlage des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes aufmerksam macht. Jede Sozialisierung oder Kommunalisierung von Handwerk, Gewerbe und Einzelhandel wird abgelehnt. Der etwa beabsichtigten Wiedereinführung der Zwangswirtschaft sagt die Entschlüsselung den schärfsten Kampf an; sie fordert die Berücksichtigung von Handel und Gewerbe in der Frage des Wiederanschaffungspreises beim Warenumsatz und die Beseitigung der unerträglichen Sonderbelastung durch Gewerbe- und ähnliche Steuern.

Angenommen wurde ferner eine Entschlüsselung, nach der die Bildung einer großen Rechten das Ziel der Partei bleibe. Bis dahin müsse der Vereinten Sozialdemokratie gegenüber der Zusammenschluß aller bürgerlichen Elemente das Gleichgewicht bilden. An der Wiederherstellung des Vaterlandes mitzuwirken, sei die Partei auch auf dem Boden der sogenannten Staatsform alle Zeit bereit.

### Kampfloser Sieg der Faschisten.

Mussolini Ministerpräsident.

Mussolini ist vom König telegraphisch zur Kabinettbildung gerufen worden, nachdem er es abgelehnt hatte, die Kandidatur Salandras zu unterstützen. Die Faschisten geben bekannt, daß sie in ganz Italien die Lage beherrschen und in weitem Umkreise mit starken Kräften in unmittelbarer Nähe der Hauptstadt stehen. Ihre Flieger kreuzen über Rom. Eine Abteilung hat das demokratische Blatt „Paese“, das Organ Rittis, besetzt.

Die Berufung Mussolinis war in dem Augenblick entschieden, wo der König den von der abtretenden Regierung facta verhängten Belagerungszustand aufhob. Augenblicklich befindet sich Mussolini auf dem Wege von Mailand nach Rom. Er hat erklärt, er sei in der Lage, die Krise sofort lösen zu können. Es verlautet, daß Mussolini selbst das Ministerpräsidium sowie das Außen- und Innenministerium übernehmen werde. Für das Ressort des Krieges ist Generalissimo Diaz, für das der Marine Admiralstabschef Thaon de Revel in Aussicht genommen. Ferner hat Mussolini den Führer der katholischen Portefeuilles an. Er plant ein großes Konzentrationskabinett, das aber eine kleine Mehrheit in der jetzigen Kammer verfügt, womit er die Wählerform und das Budgetparlament durchbringen möchte. Darauf würde die Kammer in konstitutioneller Form aufgelöst werden. Man erwartet in Rom den Einzug des ausländischen Faschistenheeres. Auf den Einzug soll eine große Ovation vor dem Quirinal folgen.

#### Der royalistische Faschismus.

Die abtretende Regierung hatte beschlossen, den Belagerungszustand über ganz Italien zu verhängen. Das Belagerungsdekret wurde jedoch nach zwei Stunden zurückgezogen, nachdem der König sich geweigert hatte, es zu unterschreiben. Die Faschisten bereiteten infolgedessen dem König vor dem Quirinal eine große Ovation.

Der König empfing am Sonnabend nachmittag noch einmal den Vizepräsidenten der parlamentarischen Gruppe der Faschisten di Beochi, der gleichzeitig Generalkommandant der Faschistenarmee ist. Bei der ersten Besprechung legte di Beochi die patriotischen Ziele des Faschismus dar. Dieser wolle die gesetzlichen Einrichtungen nicht umstürzen, ebensowenig das monarchische Regime, dem die Faschisten treu ergeben seien. Über den Faschismus wolle das öffentliche Leben Italiens reinigen und die italienische Seele wieder schwingen lassen, die noch immer von den errungenen Siegen ergriffen sei. Di Beochi hatte, so wird berichtet, Tränen in den Augen, als er dies Wort sprach. Auch der König war nach den Berichten sehr erschüttert, er umarmte di Beochi und erklärte ihm, daß er die Gefühle des Volkes teile.

#### Faschistische Außenpolitik.

Nach der Chicago Tribune verfolgen die Faschisten folgende Ziele in Bezug auf die äußere Politik: 1. Ablehnung aller Verträge mit Jugoslawien, soweit die dalmatinische Küste und Fiume in Frage kommen. 2. Veränderung des Paties von Washington, um Italien zu gestatten, seine Kriegsflootte zu vergrößern. 3. Die Anwendung eines größeren Teiles der deutschen Reparationen an Italien. 4. Angleichung des Dodekanes an Italien. 5. Vertagung der Konferenz von Lausanne, um der neuen italienischen Regierung zu gestatten, zunächst die Probleme des nahen Ostens sorgfältig zu überprüfen.

#### Selbstauflösung der Kommunisten.

Wie die Zeitung „Nazione“ erzählt, erhielten alle Kommunisten eine Mitteilung ihrer Partei, wonach diese aufgehört habe zu bestehen und alle ihre Mitglieder von den Pflichten gegen die Partei entbinde. Man glaubt, daß daraufhin die kommunistischen Abgeordneten ihr Mandat niederlegen werden.

#### Das neue italienische Kabinett.

Der König nahm die von Mussolini unterbreitete Liste des neuen Kabinetts an. Danach gehören von den neuen Ministern vier zur Partei der Faschisten (Mussolini, Daviglio, di Stefan, Starbatt) zwei zu den Popularen (Cavazzoni und Tangorra), drei zu den Demokraten (Carnazzo, di Cedro, Rossi), ein Liberaler (di Capitano), ein Nationalist (Ferberoni) und drei Parteilose (Diaz, Thaon de Revel, Gentile).

#### Kleine politische Meldungen.

Die Staatsangehörigkeit der verheirateten Frau. Die Forderung, die Staatsangehörigkeit der verheirateten Frau in deren eigenes Ermessen zu stellen, wurde schon lange vor dem Kriege von Frauenorganisationen erhoben. All die miltischen Folgen, die sich daraus ergeben, daß die deutsche Frau mit ihrer Verehelichung die Staatsangehörigkeit des Mannes erwirbt, haben sich während des Krieges und nach demselben in trauriger Weise gezeigt. Ähnliches hat sich auch in anderen Staaten ergeben und die Folge davon ist, daß im französischen Senat